



FASCHISMUS

4. Jahrgang.

BERICHTE UND DOKUMENTE ZUR LAGE DER
ARBEITERSCHAFT UNTER FASCHISTISCHER
DIKTATUR.

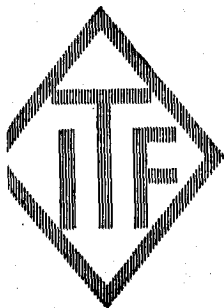
No. 11

Amsterdam, den 30. Mai 1936.

Die Betriebe fordern Freiheit. (ITF)

Die Belegschaften der Wiener Grossbetriebe haben die ihnen aufgezwungene faschistische Einheitsgewerkschaft beiseite geschoben und der christlichen Diktatur direkt ihre Forderungen präsentiert: Die österreichischen Arbeiter verlangen "volles Selbstbestimmungsrecht in freien unabhängigen Organisationen".

Ein paar Tage vor dem 1. Mai veröffentlichten alle Wiener Zeitungen eine Meldung, in der es hiess, diesmal werde verordnet werden, dass die Arbeiter am 1. Mai keinen Lohnausfall erleiden. Schon am folgenden Tag aber wurde diese Zusage zurückgenommen und am 30. April wurde mitgeteilt, dass an eine Bezahlung des von den Faschisten in einen Festtag der "Ständischen Verfassung" umgefälschten Feiertags der Arbeit nicht gedacht würde, dass die Arbeiterschaft aber, um den Lohnausfall auszugleichen, die ausfallenden Arbeitsstunden nacharbeiten könne. Diese Verhöhnung der Arbeiter löste eine starke Bewegung in den Betrieben aus. Die österreichischen Arbeiter, die durch Jahrzehnte für die gewerkschaftliche Maifeier Lohnopfer brachten, dachten nicht daran, für den faschistischen Zwangsfesttag freiwillig auch nur auf einen Groschen zu verzichten. In den Wiener Grossbetrieben, vor allem der Metallindustrie, kam es am 30. April zu kurzen spontanen Arbeitseinstellungen. Die Belegschaften verlangten, dass die Betriebsvertrauensmänner sofort zur Zentrale des faschistischen Gewerkschaftsbundes gehen, um dort zu protestieren. Am Vormittag des 30. April kamen so mehr als 100 Betriebsvertrauensmänner der Wiener Grossbetriebe beim Gewerkschaftsbund zusammen. Dem Gewerkschaftsbund blieb nichts anderes übrig als eine Konferenz der erregten Vertrauensmänner zu improvisieren. Den Vorsitz führte ein Betriebsrat aus Floridsdorf. Er erklärte, dass die Arbeiterschaft nicht nur über die Regelung der Feiertagsbezahlung erbittert sei, sondern dass viele andere Ereignisse die Erregung der Arbeiterschaft ungeheuer gesteigert hätten, so der Verrat der Arbeiter der Automobilfabriken durch die Einheitsgewerkschaft, die verschärften Aussteuerungen der langfristig Erwerbslosen, die Zertrümmerung des Kollektivvertrages der Versicherungsangestellten, der Phönix-Skandal usw. Die Arbeiterschaft fordere angesichts der Erfahrung der letzten Wochen entschieden das volle Koalitionsrecht, die Wiederherstellung der Freien Gewerkschaften. Der Vorsitzende der Einheitsgewerkschaft versuchte vergeblich zu beruhigen,



die Vertrauensmänner wählen eine achtgliedrige Deputation, die dem Bundeskanzler Schuschnigg ihre Forderungen überbringen sollte.

Um zu verhindern, dass ein Sprecher der faschistischen Einheitsgewerkschaft den Willen der Arbeiter verfälscht darstellte, hatten die Delegierten der Wiener Grossbetriebe eine Denkschrift ausgearbeitet, die sie am 7. Mai Schuschnigg überreichten. In dieser Denkschrift heisst es u. a.: "Der Arbeiterschaft hat sich eine tiefgreifende Erregung bemächtigt. Dieser Zustand... hat seine letzte Ursache in dem Februar 1934. Die Angestellten und Arbeiter fühlen immer deutlicher, dass zwischen den von den führenden Regierungsmitgliedern gegebenen Zusagen und den w i r k l i c h e n Ereignissen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet ein sehr sichtbarer und weitgehender Gegensatz aufscheint. Löhne und Gehälter wurden und werden noch immer trotz steigender Lebenshaltungskosten gekürzt. Selbst dort, wo solche Kürzungen nicht vorgenommen werden, s i n k t das Realeinkommen der Arbeitnehmer infolge der seit Monaten eingetretenen P r e i s s t e i g e r u n g e n . Die wiederholt versprochene Preissenkungsaktion bleibt weit hinter den Erwartungen zurück. Dort wo die K o l l e k t i v v e r t r ä g e abgelaufen sind, stösst deren Erneuerung auf den hartnäckigen Widerstand der Unternehmer. Ununterbrochen werden bestehende Verträge mit der Absicht gekündigt, sie zu verschlechtern. Aber auch dort, wo Kollektivverträge in Geltung sind, werden sie vielfach nicht eingehalten...die (faschistische) Gewerkschaft ist nicht imstande, ihre Einhaltung zu erzwingen... Mit voller Offenheit bekennen wir uns heute dazu, dass eine wirkliche Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Arbeitnehmer... nur herbeigeführt werden kann, wenn den A r b e i t e r n und A n g e s t e l l t e n das v o l l e S e l b s t b e s t i m m u n g s r e c h t i n f r e i e n und u n a b h ä n g i g e n O r g a n i s a t i o n e n gegeben wird. Die Arbeiter und Angestellten bekennen sich zu einem freien und unabhängigen Österreich. Sie verlangen die Selbstverwaltung und Selbstbestimmung in allen den Arbeitern und Angestellten dienenden Einrichtungen, freies Verfügungsrecht in allen den Arbeitern zur Verfügung stehenden Organisationen. Sie verstehen unter Selbstverwaltung und Selbstbestimmung allerdings nicht jenen Zustand, der heute tatsächlich als "Selbstverwaltung" hingestellt wird... Wenn die Regierung die Unabhängigkeit Österreichs wirklich erhalten will, darf sie einen so grossen Volksteil, wie es die Arbeiter und Angestellten sind, nicht unter ein S o n d e r r e c h t stellen. Heute fühlen sich Arbeiter und Angestellte als Bürger zweiter Kategorie. Sie dürfen weder ihre Gesinnung frei bekunden, noch ihre freie Meinung sagen, noch sich frei und unbeeinflusst in eigenen Organisationen zusammenschliessen. Was wir verlangen, ist die Wiederherstellung der Freiheitsrechte, der freien Wahl, der freien Rede, der freien Schrift, der Selbstbestimmung und der Selbstverwaltung"(zitiert nach dem Bericht des Wiener Korrespondenten der "Prager Presse" in der Ausgabe Nr. 140 vom 21. Mai).

Niemand wird sich Illusionen über die Wirkung derartiger Denkschriften auf die christlichen Diktatoren machen. Aber es ist ein Zeichen für das Wiedererstarken der österreichischen Arbeiterschaft, dass sie trotz Terror und Zwangsgewerkschaft offen ihre Freien Gewerkschaften fordern kann und dass der "Diktator" Schuschnigg diese Forderungen entgegennehmen muss.

Diktatur gegen Kranke. (ITF) Die sozialreaktionären Massnahmen der christlichen Diktatur Österreichs gleichen auf ein Haar der Praxis des Dritten Reiches. Nach dem Vorbild zahlreicher deutscher Ortskrankenkassen hat jetzt die Krankenversicherung der österreichischen Angestellten die Liste der Medikamente, die von den Ärzten verschrieben werden dürfen, erheblich verkürzt und die Ärzte für "zuviel" verordnete Medikamente haftbar gemacht. Die wichtigsten und wirksamsten Medikamente dürfen überhaupt nicht mehr verordnet werden. Bei einer Reihe anderer Medikamente muss in jedem Fall -- selbst bei Lebensgefahr -- vor der Verordnung die Zustimmung der Kassenleitung eingeholt werden. In einer Reihe Fälle hat die Kasse eigenmächtig die vom Arzt vorgeschriebene wirksame Zusammensetzung eines Medikamentes abgeändert und nur ein verdünntes Präparat bewilligt. In Wien werden den Ärzten monatlich nur noch 70% des ihnen zustehenden Honorars ausbezahlt. Die von der Kasse zurückbehaltenen 30% werden erst nach Abschluss der Jahresrechnung und nur so weit nachbezahlt, als die Kosten der ärztlichen Hilfe und der Heilmittel die von der Kassenleitung dekretierte Grenze

(die ärztliche Hilfe darf nur noch 13,7% der Gesamtausgaben erfordern und Medikamente höchstens 6,3%) nicht überschreiten. Die Ärzte sollen so dazu gezwungen werden, auf Kosten der Kranken zu sparen.

Krupp macht sich gesund -- Massenerkrankung der Krupparbeiter. (ITF) Der
 ===== Betriebs-

überschuss des deutschen Rüstungskonzerns Friedrich Krupp A.-G. in Essen ist von 1932/33 bis 1934/35 nach Ausweis der kunstvoll verschleierte Bilanz von 118 Millionen auf 232 Millionen gestiegen, er hat sich also verdoppelt. In Wirklichkeit stiegen die Überschüsse noch stärker; die gezahlten Steuern haben sich verzweieinhalbfacht -- und kein Industrieller zahlt zu hohe Steuern. Der in der Kruppschen Werkszeitung veröffentlichte Jahresbericht der Kruppschen Betriebskrankenkasse zeigt, wie dies Steigen der Gewinne zustande kam: "In der letzten Hälfte des Jahres 1934 setzte...ein starkes Anwachsen der leichteren Versicherungsfälle ein... Insbesondere wurde die Kasse von den neuingestellten jüngeren Mitgliedern verhältnismässig viel in Anspruch genommen... Die Zahl der auf 100 Mitglieder ausgestellten Krankenscheine ist von 115,11 im Jahre 1932 auf 180 im Berichtsjahr (1935), also um rund 57% gestiegen. Mit Arbeitsunfähigkeit verbundene Erkrankungsfälle waren auf 100 Mitglieder zu verzeichnen: 1932 23,26, 1935 dagegen 43,01, mithin eine Steigerung um rund 85%...

Ein im August durch Anschlag in den Betrieben und durch die Zeitschrift der Kruppschen Betriebsgemeinschaft erfolgter Appell an die Kassenmitglieder zur Schonung der Kassenmittel verhalte ungehört". Die Ärzte erhielten Anweisung, Kranke rigoros gesund zu schreiben, doch sie widersetzten sich zunächst tapfer diesem Ansinnen. Der Jahresbericht der Betriebskrankenkasse klagt: "Von wenig Erfolg blieb endlich auch eine Anweisung des (nationalsozialistischen) Amtsleiters der kassenärztlichen Vereinigung an die Kassenärzte, unberechtigte (?) Wünsche der Kassenmitglieder abzulehnen." Da griffen die nationalsozialistischen Vertrauensärzte der Kruppschen Betriebskrankenkasse mit rigorosen Nachuntersuchungen ein: "Während in früheren Jahren bei der berichtenden Kasse der vom Hundertsatz der bei den vertrauensärztlichen Nachuntersuchungen arbeitsfähig befundenen Mitgliedern zwischen 10 und 15 schwankte, betrug dieser im Berichtsjahr rund 30. Ausserdem ergab sich, dass von etwa 800 Arbeitsunfähigen, die von der Kasse zur mehrtägigen Beobachtung in Krankenhäuser eingewiesen wurden" -- nach dem Urteil der Nazi-Ärzte -- "insgesamt rund 80 von 100 arbeitsunfähig waren."

An den Kranken, die trotz allem nicht gesund geschrieben werden konnten, wurde gespart. Es "hatte sich leider die Notwendigkeit ergeben, Leistungen, auf die die Kasse bis dahin stets mit besonderer Befriedigung blicken konnte, einzuschränken, so z. B. Gewährung von Erholungshauspflege, Beihilfen zu Heilstättenbehandlungen, zu Bade-, Brunnen- und Luftkuren, zu Zahnersatz und dergleichen mehr. Für die seit langen Jahren ausserordentlich erfolgreich durchgeführte Kinderfürsorge konnten trotz des erheblichen Mitgliederzuwachses im allgemeinen nicht mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, als in den Jahren zuvor".

Für diese verringerten Leistungen aber müssen höhere Beiträge gezahlt werden: "Alle diese Sparmassnahmen haben nicht verhindern können, dass mit Wirkung vom 1. Dezember 1935 ab die Beiträge von 3,75 auf 4% und für diejenigen Mitglieder, die während der Arbeitsunfähigkeit Arbeitsentgelt erhalten, von 3 auf 3,25% des Grundlohns erhöht werden mussten". Ja, "sollte sich die Inanspruchnahme der Kassenleistungen nicht schonender gestalten, muss mit einer weiteren Beitragserhöhung gerechnet werden."

Das Essener Parteiblatt der Nationalsozialisten ("Nationalzeitung") vom 13. März 1936) brachte einen Auszug aus diesem Jahresbericht mit einem bezeichnenden Kommentar. Das nationalsozialistische Organ findet zynisch das Ansteigen der Erkrankungen "durchaus erklärbar", da "die Steigerung des Arbeitstempos, die einen Vollauf des Betriebes naturgemäss mit sich bringt, erhöhte Härte vom Arbeiter verlangt". Das Organ der "Arbeiter"-partei verlangt von den erkrankten Arbeitern "in den sogenannten leichten Versicherungsfällen Selbsterziehung und Disziplin... Der Appell der Kassenleitung an die Versicherten, diese Gemeinschaftseinrichtungen der Gefolgschaft im gemeinsamen Interesse zu schonen, muss mit Nachdruck unterstützt werden. Auch die Ärzteschaft vermag hier mehr, als bisher geschehen ist, mitzuwirken". Die Nazi-ärzte werden sich das nicht zweimal sagen lassen, und den gewissenhaften Ärzten, die sich weigern, Kranke gesund zu schreiben, droht das Schicksal vieler Kollegen, denen die Ortskrankenkassen¹⁾ "zuviel"

1) auf Grund der Bestimmungen vom 24. August 1935-Reichsarbeitsblatt 1935, Nr. 27, Seite IV 331

verordnete Medikamente vom Honorar abgezogen.

Krupp ist kein Sonderfall. Bei der Hütten- und Walzwerk-Berufsgenossenschaft hat sich die Zahl der tödlichen Unfälle von 1932 bis 1935 fast verdreifacht. Von 100 bei ihr Versicherten wurden 1932 8,32, 1935 11,52 Opfer eines Unfalls oder einer Berufskrankheit, eine Steigerung von fast 40%. Das Tempo der deutschen Aufrüstung geht auf Kosten der Gesundheit der in den Rüstungsindustrien beschäftigten Arbeiter.

Arbeitergroschen für Bonzenburgen. (ITF) Stolz berichtet das
 ===== "Arbeitertum", das Zentralorgan der Deutschen Arbeitsfront, von den 3 Schulungsburgen, in denen der Bonzennachwuchs der NSDAP 3 Jahre lang ausgebildet werden soll. "Die Burgen sind mit allen technischen Vollkommenheiten ausgestattet, vorbildlich sind die Wirtschaftseinrichtungen, wie Küchen, Vorratsräume, Heizung, Wasch- und Baderäume. Vorbildlich auch sind die Sportanlagen (Fußball-, Tennis- und Golfplätze, Aschen- und Reitbahnen, Schwimmanlagen, Sporthallen und ideales Schigelände)" ("Arbeitertum" Nr. 4 vom 15. Mai 1936). Bilder veranschaulichen die braune Pracht. Aber was diese drei so feudal eingerichteten Schulungsheime gekostet haben, wird sorgfältig geheim gehalten. Es wurde nur mitgeteilt, dass die NSDAP nicht einen Pfennig für Bau und Einrichtung der Schulungsheime zahlte, dass Dr. Ley die bezahlten Rechnungen Hitler "als Geschenk der Deutschen Arbeitsfront" übergab. Mit den Groschen, die den Arbeitern und Angestellten von den Unternehmern von Lohn und Gehalt abgezogen werden, wurden die Bonzenburgen bezahlt. Da also bleibt das Geld der Arbeitsfront.

Der...Göringplan. x)
 =====

Göring deckt Schacht.
 =====

(ITF) Der Präsident der Deutschen Reichsbank, Dr. Schacht, der als Vertrauensmann der entscheidenden Schichten des deutschen Grossbesitzes die Wirtschaftspolitik des Dritten Reiches bestimmt, hat die auf ihn gesetzten Erwartungen erfüllt. Der radikale Flügel der Nationalsozialisten, dessen Führer am 30. Juni 1934 im Auftrag Hitlers ermordet wurden, wurde zurückgedrängt; die Löhne der grossen Masse der Arbeiter wurden weiter gesenkt, die Unterstützungen der Erwerbslosen wurden weiter gekürzt, die Profite der Industriellen und Bankiers wurden gesichert und der Staat musste Wirtschaftsbesitz der öffentlichen Hand an das Privatkapital ausliefern. Von Zeit zu Zeit wagten Teile der nationalsozialistischen Organisationen eine Rebellion gegen die Schachtsche grosskapitalistische Politik, doch stets stellte sich Hitler vor Schacht, Schachts Stellung schien unangreifbar. Denn die Devisen, die das Dritte Reich zur Einfuhr der zur Kriegsvorbereitung unentbehrlichen Rohstoffe braucht, schienen erst seit Durchführung des von Dr. Schacht für die Lenkung des deutschen Aussenhandels entworfenen "Neuen Plans" gesichert. Der deutsche Ausfuhrüberschuss ist zwar dank der Dumpingmethoden des "neuen Plans" leicht gestiegen, doch nur etwa 10% des deutschen Exporterlöses stehen in freien Devisen zur Verfügung. (80% werden durch staatliche Verrechnungsabkommen und bei privaten Kompensationsgeschäften nur verrechnet, 10% werden für Auslandspropaganda verbraucht). Und davon können die beim gegenwärtigen Tempo der deutschen Aufrüstung erforderlichen Rohstoffmengen nicht bezahlt werden. Nach dem "Neuen Plan" kaufte deshalb das Dritte Reich im Ausland erhebliche Mengen Rohstoffe, aber bezahlte sie nicht, es erpresste also Zwangsanleihen. Das Dritte Reich erklärte, dass die geprellten Länder, wenn sie zu ihrem Geld kommen wollten, statt bei ihren bisherigen Lieferanten nun in Deutschland kaufen sollten; das nationalsozialistische Propagandaministerium buchte jedes dadurch verursachte Ansteigen der Erwerbslosigkeit in den Exportindustrien anderer Staaten als Erfolg.

Allmählich setzen sich die Länder gegen diese Erpressung zur Wehr. Damit aber ist die deutsche Aufrüstung erneut in eine schwierige Lage gekommen. Das Spiel Dr. Schachts scheint ausgespielt, seine Stellung als "Retter der Aufrüstung" war erschüttert.

x) Für die Redaktionen: jeder der folgenden Abschnitte ist in sich abgeschlossen.

Diese Gelegenheit benutzten (Ende April) die radikalen Nationalsozialisten zu einem erneuten Vorstoss gegen seine gesamte Wirtschaftspolitik: sie forderten von Hitler zur Verstärkung der Ausfuhr Abwertung der Mark ohne Lohnausgleich und zur Finanzierung der Ausrüstung Vermögensabgabe statt der von Schacht geplanten Massensteuern. Hitler fehlte, wie immer, der Mut zur klaren Entscheidung. Er ernannte (am 27. April) den Chef der Gestapo Generaloberst Göring zur obersten Instanz für Rohstoff- und Devisenfragen und schob damit alle Verantwortung von sich ab. Proteste gegen Schachts Wirtschaftspolitik müssen jetzt an Göring gerichtet werden, der "allwissende Führer" weiss künftig von nichts. Göring wurde durch diese Ernennung zur vorgesetzten Instanz für Schacht, aber auch für alle seine Kritiker. Ein Nationalsozialist, der heute noch gegen die Massnahmen Schachts opponiert, wendet sich gleichzeitig gegen den Chef der Gestapo. Die Berliner Börse buchte die Ernennung Görings sofort als einen Erfolg des Grosskapitals. Am 2. Mai 1936 hat Hitler Schacht empfangen und ihm ausdrücklich sein Vertrauen ausgesprochen. An der Wirtschaftspolitik des Dritten Reiches ändert sich nichts. Das Schachtprogramm soll zum Göringplan ausgebaut gegen alle Widerstände durchgeführt werden.

Hungern für Bomben und Bonzen.

(ITF) Am Tage, nachdem Generaloberst Göring mit dem Brechen der Widerstände gegen die sozialreaktionäre Politik des deutschen Wirtschaftsministers Schacht beauftragt wurde, verkündete die Leitung der Arbeitsfront (auf der Tagung ihrer "Reichsarbeitskammer") ihre Massnahmen zur Durchführung des Göringplans: "Die vordringliche politische Aufgabe war und ist die Wiedererringung der deutschen Wehrfreiheit. Dazu sind nicht nur Wehrwille und Geld, sondern auch Rohstoffe notwendig, die im Inland aber nur in begrenztem Umfange zur Verfügung stehen. Die Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln ist von dem Umfange der verfügbaren ausländischen Zahlungsmittel abhängig. Diese Zahlungsmittel sind aber ebenfalls nur begrenzt vorhanden... Die Wirtschafts- und Sozialpolitik muss... die geringe Menge ausländischer Zahlungsmittel, die zur Verfügung stehen, für die Zwecke verwenden, die unter dem Gesichtspunkt des aussenpolitischen Lebenskampfes der Nation am dringendsten sind.

Bei oberflächlicher (?) Betrachtung konnte man daraus für die sozialpolitischen Aussichten in einen beträchtlichen Pessimismus verfallen, denn wenn alle Kräfte und Rohstoffe, wenn alles Geld und Kapital für politische Zwecke (für die Kriegsvorbereitung. Red.) beansprucht werden, so bleibt eben für den persönlichen Verbrauch der einzelnen Volksgenossen nichts anderes übrig, als sich auf allen Gebieten einzuschränken" (Arbeitertum, 15. Mai, p. 5).

Der Leiter der Arbeitsfront hatte feierlich versprochen, am 1. Mai 1936 Massnahmen für eine "gerechte Entlohnung", also für Lohnerhöhung, zu verkünden. Statt dessen erklärte die Arbeitsfront 3 Tage vor dem 1. Mai in der Sitzung der Reichsarbeitskammer, dass trotz der im Dritten Reich um 20% gestiegenen Preise kein Lohnausgleich kommen dürfe -- vorsichtshalber wurde diese Erklärung erst am 15. Mai in der gesamten Presse der Arbeitsfront veröffentlicht --, es bleibt nur die Wahl: entweder essen die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten sich satt, oder es wird weiter gerüstet. Die deutsche Arbeitsfront verlangt hungern für Kanonen: "Es ist im Augenblick nicht möglich, höhere Barlöhne zu zahlen, weil die Waren, die mit den Barlöhnen gekauft würden, nicht unbeschränkt vorhanden sind... Vorläufig ist die Lage so, dass die Versorgung gerade mit den Waren besonders beengt ist, nach denen die sich selbst überlassene Nachfrage der Verbraucher besonders stark ist. Erhöhte Geldeinkommen würden sich begreiflicherweise(!) sofort in erhöhter Nachfrage nach Fett, Eiern, Fleisch, Textilwaren usw. niederschlagen, in der Nachfrage nach Waren also, die im Augenblick wegen der Devisenschwierigkeiten nicht in beliebigen Mengen zur Verfügung gestellt werden können".

Die Arbeiter sollen sich daran gewöhnen, dass im Dritten Reich "das Geld und das Gelddenken nur eine untergeordnete dienende Rolle zu spielen haben", sie sollen sich damit trösten, höhnte der Sprecher der Arbeitsfront, dass zwar der "persönliche Verbrauch zurückgeht", dass es aber "auch heute schon eine Unzahl von Bedürfnissen gibt, die von dem einzelnen ohne unmittelbare (!) Inanspruchnahme von Bargeld gedeckt werden. Man denke nur an die öffentlichen Parkanlagen, den Schutz der öffentlichen Sicherheit durch die Polizei usw." -- für die die Arbeiter hohe Steuern zahlen müssen --, "an alle die Massnahmen des Unfallschutzes und der Gesundheitsfürsorge im Betrieb" -- für die

die hohen Sozialbeiträge abgeführt werden -- und vor allem an "den Luftschutz..die Ausgaben der Partei (!)" und "die Wiederherstellung der Wehrmacht". Die deutschen Arbeiter sollen sich wahrscheinlich trockenes Brot mit Parkanlagen beschmierem oder mit einem fetten Nazibonzen belegen oder an Kanonen und Konzentrationslagern satt sehen; wenn ihre Kinder nichts zum Anziehen haben, können sie sich im Luftschutzkeller verkriechen.

Primitiver leben!

=====
 (ITF) Bei der Verkündung des Göringplans auf der Tagung der Reichsarbeitskammer warf der Sprecher der Deutschen Arbeitsfront den von den Nationalsozialisten zerstörten Gewerkschaften vor, dass sie durch "die Tarifpolitik der Systemzeit" eine "fast 50%ige Steigerung der Tariflöhne" erkämpft hatten. Zwar sind die Löhne durch die Deflationsmassnahmen der konservativen Regierungen und nach der Zerschlagung der Gewerkschaften erheblich gesenkt worden, aber die Nationalsozialisten wollen den Druck auf die Arbeiterschaft fortsetzen, sie wollen den Arbeitern klar machen, dass "nicht die Höhe des Lohns für die Lebenshaltung des einzelnen entscheidend ist, sondern die Verwendung auf den Verbrauch" (Arbeitertum, 15. Mai, p. 8), sie wollen den Arbeitern vorschreiben, was sie für ihren niedrigen Lohn kaufen dürfen. Die Arbeitsfront fordert, "dass von einer Zentralstelle aus Richtlinien für die Entwicklung der Lebenshaltung gegeben werden, dass organisatorische Formen geschaffen werden" zur "Verbrauchslenkung der Massen", insbesondere zur "Steuerung des Nahrungsmittelverbrauchs". Für die Amtswalter der Arbeitsfront wird das Recht gefordert, in den "Arbeiterhaushalt" zu gehen, um "Abstellung von Mängeln" und "Umstellung in dieser oder jener Richtung des Nahrungsmittelleinsatzes" durchzusetzen. "Werk- und Betriebsführer" sollen diese Massnahmen unterstützen, eventuell durch besondere "Lohnzahlungsformen"; die Arbeitsfront will anscheinend zum Naturallohn zurück. Die reaktionärsten Unternehmer werden den Plan der Arbeitsfront unterstützen; denn je primitiver die Arbeiter leben, desto weniger Lohn werden sie brauchen.

Die Arbeitsfront erklärt: "Es liegt uns nicht daran, dem einzelnen vorzuschreiben, was er zu verbrauchen hat", sie will kein Existenzminimum garantieren, sie will nur eine Höchstgrenze für den Verbrauch. In der deutschen "wehrwirtschaftlichen" Literatur, in der die Frage der Rationierung des Verbrauchs seit Monaten eingehend erörtert wird, wird erklärt, weshalb man auf Lebensmittelkarten verzichtet. Der Leiter des Instituts für Konjunkturforschung schreibt (im Vierteljahrsheft zur Konjunkturforschung vom 16. Dezember 1935, X A 3, p. 252: "Unmittelbaren (!) Zwang, wie er durch Verbote und Rationierungen gegeben ist, wird man auf Notstandszeiten zu beschränken suchen"), für die Gegenwart reicht nach seiner Meinung der Druck des totalen Staats. "Man braucht nur an die Sieghaftigkeit der Bestrebungen zu denken, wie sie im Gedanken des Eintopfgerichts... verwirklicht sind". Die Durchführung des Eintopfsonntags wird bereits heute von Hauskontrolleuren überwacht. Man kann sich vorstellen, welche einschneidende weitere Beschränkung der persönlichen Freiheit die Durchführung der von der Arbeitsfront geplante "Verbrauchslenkung" bedeuten würde.

Die Armen sollen zahlen.

=====
 (ITF) Im Kampf um die Frage, wer die Kosten der deutschen Aufrüstung tragen soll, haben die deutschen Industriellen einen beachtlichen Erfolg zu verzeichnen. Der von ihnen geforderte Beitrag zum Dumpingfonds wurde von 720 Millionen auf 600 Millionen herabgesetzt. Von der von den radikalen Nationalsozialisten zur Finanzierung der Aufrüstung geforderten Vermögensabgabe wird nicht mehr gesprochen, neue Massensteuern werden angekündigt. Aber eine Besteuerung der Rüstungsgewinne haben die Industriellen vorerst abgewehrt; das Dritte Reich versucht, die Aufrüstung durch Verschleuderung der in öffentlichem Besitz befindlichen Wirtschaftsunternehmungen und Aktien zu finanzieren. Im Besitz der Versorgungsbetriebe kann der Grossbesitz die Massen noch stärker ausplündern.

Bedrohte öffentliche Wirtschaft.

=====
 (ITF) Der deutsche Grossbesitz benutzt die Finanznot des Dritten Reichs zu einem Schlag gegen die öffentliche Wirtschaft. Seit Monaten fordert der unter dem Schutz des Wirtschaftsministers Dr. Schacht erscheinende "Deutsche Volkswirt", dass die Mittel zur weiteren Aufrüstung

durch Verkauf öffentlicher Betriebe beschafft werden. Seit Generaloberst Göring Sondervollmachten für den Schutz der Schachtschen Wirtschaftspolitik erhielt, werden auch andere Sprachrohre des deutschen Grossbesitzes offener. Die im Schatten des Chemietrusts I.G.-Farben erscheinende "Frankfurter Zeitung" und vor allem die vom Verkehrskapital subventionierte "Deutsche Allgemeine Zeitung" verlangen Fortsetzung der von Dr. Schacht zielbewusst eingeleiteten Verschleuderung öffentlichen Besitzes. "Das Reich hat sich seines unmittelbaren aktiemässigen Einflusses auf den Stahlverein (den grössten deutschen schwerindustriellen Konzern -- Red.) begeben; der technische, wiewohl wenig schöne Ausdruck dafür ist "Reprivatisierung". Sie ist nicht ohne Vorgänger, wenn man sich erinnert, dass die DD-Bank (Deutsche Bank und Diskonto-Gesellschaft) einen Posten ihrer eigenen, von der (der Reichsbank gehörenden) Deutschen Golddiskontbank übernommenen Aktien in Tausch gegen das Geschäftshaus der Diskontogesellschaft Unter den Linden (in Berlin) hereinzunehmen vermochte, und vielfach wird zu gegebener Zeit noch etwas weit Bedeutungsvolleres auf dem Gebiet des Bankwesens erwartet, nämlich, dass sich die Dresdener Bank und die Commerzbank durch Zurücknahme und anderweitige Placierung der 1931 in Reichshand gelangten Aktienmehrheiten werden "reprivatisieren" können. Auch an den Übergang" des öffentlichen Besitzes an 2 Bremer Werften (Deschimag und Atlaswerke)" ist zu erinnern, beides Fälle, in welchen die öffentliche Hand in Krisenzeiten der Wirtschaft Hilfsstellung gewährt hatte.

Zum ersten Male jedenfalls ist in den aufgezeigten Fällen deutlich verwirklicht worden, was der Führer (Hitler) als Aufgabe des Neuen Staates (!) bezeichnet hatte..... Manche Anzeichen deuten darauf hin, dass eine sorgfältig abgewogene Privatisierung, d. h. Überleitung geeigneter öffentlicher Wirtschaftsbetriebe in private Hände, der Privatwirtschaft einen mächtigen Anreiz (!) und zugleich der öffentlichen Hand erwünschte Gelegenheit zur Einlösung schwebender Schulden geben könnte". Das Blatt verlangt, "dass die öffentliche Hand der Privatwirtschaft gewisse ausbaufähige, der Privatinitiative zugängliche Anlagen freigibt. Begreiflicherweise muss davon abgesehen werden, ein Objekt zu nennen. Aber die Auswahl ist gross: allein das Reich und die Länder sind im Besitz von Betrieben fast aller Gewerbebezüge, wie Bäder, Miethäuser, Hotels, Fabriken, der verschiedensten Geschäftszweige, Bergwerke, Hütten, Salinen, land- und forstwirtschaftlicher Betriebe und Versorgungsindustrien. Dazu kommen ausgedehnte und noch mannigfaltigere Unternehmungen der Kommunen."

Der Grossbesitz rechnet damit, dass Generaloberst Göring, der seit seiner Tätigkeit als Provisionsreisender deutscher Rüstungsbetriebe über beste Beziehungen zu den Industriellen verfügt, ihm die öffentlichen Betriebe überlässt.

Der Göringplan.

=====

(ITF) Der "Göringplan" ist schon seit 1934 bei den Erwerbslosen berüchtigt. Am 24. Mai 1934 erschienen an den Anschlagssäulen Berlins die "9 Gebote für den Berliner Arbeitskampf (Göringplan)", die die Arbeiter aufforderten, jede Arbeit zu jedem Lohn anzunehmen und von den Frauen und Mädchen verlangten, auf ihren Arbeitsplatz zu verzichten. Im Rahmen des Göringplans wurden Jungarbeiter aus den Betrieben herausgezogen und aufs Land verschickt, Erwerbslose zu Befestigungsarbeiten Hunderte Kilometer von ihren Familien entfernt zu elenden Löhnen, bei schlechter Verpflegung und unzureichender Unterkunft eingesetzt.

Ganz die gleichen Methoden sind jetzt nach der militärischen Besetzung der Rheinlande wieder üblich geworden. In den Gebieten an der Westgrenze Deutschlands müssen Erwerbslose, die aus den Städten Mitteldeutschland und dem westfälischen Industriegebiet zusammengezogen wurden, zu niedrigsten Löhnen in Hetztempo an den Befestigungen arbeiten. Diese Zwangsverschickungen sollen im Rahmen des Göringplans allgemein durchgeführt werden. Die kommunale Spitzenorganisation fordert bereits Deportation langfristiger Erwerbsloser aus den Städten in die Schnitterkasernen, unter Berufung auf jenen Berliner "Göringplan, der sich vor allem den Einsatz grossstädtischer Arbeitsloser in die Landwirtschaft zum Ziel gesetzt hat". (Dr. Marezky im "Gemeindetag").

Viel Lärm um nichts. (ITF) Die deutschen Unternehmerorganisationen und der Apparat der Arbeitsfront haben im März 1935 ein Arbeitsabkommen "im Geiste der Volksgemeinschaft" vereinbart. "Der Erfolg ist ein ungeheuerlicher" hatte Dr. Ley, der Leiter der Arbeitsfront in einem Aufruf (am 26. März 1935) gejubelt. "Es ist der organische Aufbau der deutschen Wirtschaft".

Inzwischen ist ein Jahr vergangen. Enttäuscht zieht "der Ruhrarbeiter", das amtliche Organ der deutschen Arbeitsfront, die Bilanz dieser "vertrauensvollen Zusammenarbeit": "Bezirks-, Arbeits- und Wirtschaftsräte mit der Spitze des Reichs-Arbeits- und Wirtschaftsrats bilden die Formen der Zusammenarbeit zwischen Arbeits- und Wirtschaftsorganisation. Wenn wir die Dinge beim rechten Namen nennen, sind positive oder produktive Leistungen zugunsten des Volkes noch nicht in die Erscheinung getreten". (4. Maiausgabe, Nr. 21).

Wie nicht anders zu erwarten war.

"Erheblich abgeflaut". (ITF) "Es tut gut, an die inzwischen erheblich abgeflaute Begeisterung über die allgemeinen täglichen Betriebsappelle, wie sie ursprünglich gedacht waren und in denen auch ein guter Kern steckt, zu erinnern", schreibt die "Braune Wirtschaftspost", das Mitteilungsblatt des Düsseldorfer Instituts für Ständewesen, dessen Protektor der Grossindustrielle Thyssen ist (am 16. Mai 1936).

Zerstörte Selbstverwaltung. (ITF) Kommunale Selbstverwaltung gibt es im Dritten Reich nicht mehr. Die von den Nationalsozialisten (am 30. Januar 1935) diktierte "Deutsche Gemeindeordnung" hat die Diktatur der nationalsozialistischen Bürokratie gesetzlich festgelegt und selbst den nationalsozialistisch organisierten Bürgern jedes Mitbestimmungsrecht genommen. Der Bürgermeister ist Diktator.

"Der Bürgermeister führt die Verwaltung in voller und ausschliesslicher (!) Verantwortung" (Par. 32 der Gemeindeordnung).

"Soweit bisher Gemeindevertretungen, Ausschüsse, Deputationen u. ähnl. oder der kollegiale Gemeindevorstand zu Beschlüssen, Entscheidungen oder Wahlen zuständig waren, tritt an ihre Stelle der Bürgermeister". (Erste Durchführungsverordnung Par. 9).

"Dem Bürgermeister stehen Beigeordnete als Stellvertreter zur Seite". (Par. 34).

Alle kommunalen Wahlen sind beseitigt. Der Bürgermeister und seine Stellvertreter, die Beigeordneten werden von der Bürokratie des totalen Staates im Einvernehmen mit der Bonzokratie der NSDAP ernannt.

"Bürgermeister und Beigeordnete werden durch das Vertrauen von Partei und Staat in ihr Amt berufen". (Par. 6).

Die Einwohner sind vollständig ausgeschaltet. Dem Bürgermeister stehen zwar Gemeinderäte zur Seite. Doch sie werden ohne Rücksicht auf den Willen der Einwohner vom Sonderbeauftragten der NSDAP aus den Kreisen der Honoratioren ernannt und sie haben nichts zu sagen. Sie haben auf Befragen ihre Ansicht zu äussern. Der Bürgermeister braucht den Rat nicht zu beachten.

"Der Beauftragte der NSDAP beruft im Benehmen mit dem Bürgermeister die Gemeinderäte. Bei der Berufung hat er auf nationale Zuverlässigkeit, Eignung und Leumund zu achten und Persönlichkeiten zu berücksichtigen, deren Wirkungskreis der Gemeinde ihre besondere Eigenart oder Bedeutung gibt oder das gemeindliche Leben wesentlich beeinflusst. (Par. 51)

"Die Gemeinderäte haben...den Bürgermeister eigenverantwortlich zu beraten". (Par. 48)

"Der Bürgermeister bestimmt jeweils, ob die Beratungen öffentlich sind oder nicht" (Par. 56)

"Der Bürgermeister eröffnet, leitet und schliesst die Beratungen mit den Gemeinderäten... Auf sein Verlangen haben sich die einzelnen Gemeinderäte zu bestimmten Beratungsgegenständen zu äussern... Eine Abstimmung der Gemeinderäte findet nicht statt" (Par. 57)

Dieser allmächtige Bürgermeister ist "Dienstvorgesetzter aller Beamten, Angestellten und Arbeiter der Gemeinde. Er stellt sie an und entlässt sie" (Par. 37). Gewerkschaften und Personalvertretungen gibt es im Dritten Reich nicht mehr. Das Personal der deutschen öffentlichen Betriebe und Verwaltungen ist rechtlos.

Ein Obergauer. (ITF) Am 12. Mai 1933 besetzte ein grosses Polizeiaufgebot das Danziger Gewerkschaftshaus, um auf Grund einer von einem Danziger Richter ausgestellten einstweiligen Verfügung die von den Danziger Arbeitern gewählten Gewerkschaftsvorsitzenden abzusetzen, die Akten und das Vermögen der freien Gewerkschaften zu beschlagnahmen und einem von den Berliner Nationalsozialisten eingesetzten Herrn Kendzia zu übergeben. Kendzia, ein ehemaliger Delikatessenhändler im Seebad Zoppot, durchsauste an diesem 12. Mai in Begleitung eines Gerichtsvollziehers im Auto die Stadt, um auch in den Wohnungen der Gewerkschaftsvorsitzenden alles zu beschlagnahmen, was nach seiner Meinung jetzt "ihm" gehörte. In seiner Begleitung befand sich sein Stellvertreter, der in Danzig berüchtigte Edmund Klekacz, der Leiter der Nazi-Agitation unter den Chauffeuren. Wenige Wochen später wurde Klekacz zum Leiter der grössten Sektion der Danziger Arbeitsfront, der Sektion Eisen und Metall, ernannt.

Am 12. Mai 1936 wurde Klekacz wegen Unterschlagung von Geldern der ihm von der Arbeitsfront unterstellten Sterbekasse der Danziger Metallarbeiter zu 2 Jahren 3 Monaten Zuchthaus verurteilt. Es wurde ihm nachgewiesen, dass er sich als "Kämpfer gegen die Korruption" von Hinterbliebenen Blankoquittungen ausstellen liess, den Hinterbliebenen überhaupt nichts oder nur eine kleine Summe auszahlte und das Sterbegeld ganz oder zum grössten Teil für sich kassierte. Ja, er liess sogar auf eigene Rechnung private 30 000 Quittungsmarken drucken und durch die Unterkassierer vertreiben. Die privaten Quittungsmarken liess er sich von dem ihm unterstellten Kassierer der Sterbekasse bevorschussen. Als der Kassierer ihm einmal den Vorschuss verweigerte, drohte Klekacz, ihn zu entlassen. Da er dazu nach dem Führerprinzip berechtigt war, gab der Kassierer, der 4 1/2 Jahre erwerbslos gewesen war, nach. Er glaubte jedoch, wenigstens einen Anspruch auf die Hälfte des veruntreuten Geldes zu haben. Klekacz aber erklärte, wie der Kassierer vor Gericht aussagte, er sei der Vorgesetzte und "der Obergauer müsse doch mehr erhalten". So wurde es denn auch gemacht. Zwischendurch kamen dem Kassierer Bedenken, er erstattete mehrfach Anzeige beim Leiter der Arbeitsfront. Doch immer wurde Klekacz von dem Herrn Kendzia gedeckt. Herr Kendzia ist heute in Danzig würdiger "Treuhand der Arbeit".

Vor Gericht wurde auch das Vorstrafenregister des Herrn Klekacz verlesen. Er war nicht weniger als neunmal vorbestraft, davon einmal wegen Betrugs, zweimal wegen Steuerhinterziehung, einmal wegen Diebstahls, einmal wegen Vergehens gegen die Reichsversicherungsordnung und einmal wegen Unterschlagung. Der Leitung der Nationalsozialisten war, wie Klekacz vor Gericht erklärte, dieses Vorstrafenregister bekannt, sie hielt den Obergauer aber für einen genau so vorbildlichen nationalsozialistischen "Arbeiterführer", wie andere "Führer" der Arbeitsfront.

Hinweis: Das Zitat auf Seite 106 wurde einem Artikel "Staat und Privatwirtschaft" der Deutschen Allgemeinen Zeitung" Nr. 216/7 vom 10. Mai 1936 entnommen.

DIE TRANSPORTARBEITER UNTER DEM FASCHISMUS.

Druck auf die Donauschiffer. (I.T.F.) Seit einem Jahr verlangt die Oesterreichische Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft die Beseitigung der ihr drückend erscheinenden Bestimmungen des alten, noch von der freien Gewerkschaft abgeschlossenen Kollektivvertrages und der Dienstordnung. Inzwischen hat sich italienisches Kapital der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft bemächtigt und hat den Verantwortlichen für das Wiener Blutbad vom Februar 1934, den korrupten Heimwehrführer Fey zum Direktor ernannt. Fey hat mit der faschistischen Einheitsgewerkschaft einen neuen Kollektivvertrag abgeschlossen, der für das Schiffspersonal am 1. Mai, für das Landpersonal rückwirkend vom 1. April in Kraft trat. Der alte Vertrag galt auch für die ausserhalb Oesterreich arbeitenden Bediensteten der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft, der neue nicht mehr. Jetzt sind alle Bediensteten, die ihren festen Wohnsitz ausserhalb Oesterreich haben--es handelt sich um mehrere Hunderte--völlig schutzlos der Willkür der Direktion preisgegeben,

Das neue Gehaltsschema bringt für Matrosen, Steuerleute und Heizer durch Einstufen in niedrigere Stufen empfindliche Lohnkürzungen. Gleichzeitig wurden alle Bestimmungen über die Arbeitszeit des Schiffspersonals gestrichen. Die einst von der Gewerkschaft unter schweren Kämpfen durchgesetzte Regelung der "Kollektiven Überstunden" für das fahrende Personal wurde beseitigt. Während bisher das fahrende Personal für die geleisteten Überstunden entschädigt werden musste, wird jetzt die Überstundenentschädigung von der Grösse der Ladung und der Leistungsfähigkeit der Dampfer abhängig gemacht, also von Faktoren auf die das Schiffspersonal keinerlei Einfluss hat. Der im alten Vertrag festgelegte Mietzuschuss (Wohnsitzquote) wurde bisher jedem Bediensteten bezahlt, der einen festen Wohnsitz hatte. Jetzt wurde festgelegt, dass die Zahl der Mietzuschüsse nicht erhöht werden darf. Wer künftig einen festen Wohnsitz bezieht, kann einen Mietzuschuss nur noch dann erhalten, wenn ein bisher gewährter Mietzuschuss etwa durch den Tod eines Kollegen für ihn "frei" wird.

Eine Verbesserung bringt dieser neue Vertrag nur für die faschistische Einheitsgewerkschaft: die Direktion hat sich bereit erklärt, Beiträge für die Einheitsgewerkschaft gleich vom Lohn abzuziehen, und der Vertrag legt fest, dass Personalvertreter nicht mehr gewählt, sondern nur noch ernannt werden dürfen.

Nach der Aufgabe des Regiebetriebs. (I.T.F.) Die italienischen Staatsbahnen lassen die Gleisunterhaltung nicht mehr in eigener Regie durchführen, sondern vergeben die Ausbesserung an Privatunternehmen. Die Privatunternehmer wollen selbstverständlich verdienen und zahlen entsprechende Löhne. Für die Provinz Sassari (Nordsardinien) werde jetzt von der faschistischen "Gewerkschaft" einer der ersten Tarifverträge nach dem Übergang der Bahnunterhaltung an Privatunternehmer abgeschlossen. Die Rottenführer erhalten jetzt nur noch 1.80-1.85 Lire die Stunde, Gleisarbeiter 1.70-1.80 Lire, Hilfsarbeiter 1.55-1.65 Lire, Jungarbeiter nur noch 1.25-1.30 Lire. (1 Lire = hfl. 0,12; schw. fr. 0,25)

Erhungerte Uniformen. (I.T.F.) Die deutschen Taxichauffeure wehren sich bisher mit Erfolg gegen die Beschaffung der von den Nationalsozialisten neuvorgeschriebenen Uniform. In Berlin aber wird von den Taxichauffeuren verlangt, dass sie sich die vorgeschriebene Uniform bis zur Olympiade beschafft haben. Eine vorschriftsmässige Uniform kostet "zwischen 35 und 75 RM, je nach der Qualität. Schlechter Stoff taugt nicht, wenn man mit dem Arm immer auf dem Lenkrad und vielleicht, weil das bequem und elegant ist, auch im Fensterrahmen hin und her schubbert, von dem Sitzleder ganz zu schweigen. 75 RM aber sind viel Geld, wenn sie von den Fahrtprozenten abgestossen werden sollen. Die Chauffeure würden die Uniform also einstimmig ablehnen", muss selbst die Tageszeitung der Arbeitsfront (Der Angriff, Nr. 109 vom 9. Mai) zugeben, "wenn nicht..." die Taxiunternehmer gedroht hätten, dass ab 1. Juli kein Chauffeur "mehr ohne Uniform auf den Wagen" kommt.

Strassenbahner wehren sich gegen gelbe Maifeier. (I.T.F.) Mit den Wiener Strassenbahnern können die christlichen Diktatoren trotz allen Terrors nicht fertig werden. Zur faschistischen Maifeier liess der Dienststellenleiter der Vaterländischen Front, der Dachorganisation der faschistischen Verbände, ein Rundschreiben an alle Amtswalter ergehen: "Zu dieser hehren Festlichkeit haben alle dienstfreien Mitglieder der Vaterländischen Front ohne Ausnahme (sowohl die Funktionäre als auch die Bediensteten) zu erscheinen... An sie als Amtswalter ergeht der Auftrag, mir diejenigen in einer Liste (!) namhaft zu machen, welche fehlen. Und ist auch der Grund... anzugeben". Trotzdem waren nur 280 Strassenbahner angetreten!

Amsterdam, den 30. Mai 1936.

An die Redaktionen!

Nach Abschluss der No. 11 des "Faschismus" erhalten wir den Wortlaut der Denkschrift, die die Betriebsvertrauensmänner der Arbeiterschaft am 7. Mai 1936 der österreichischen Regierung überreichten. Der Wortlaut gibt einen noch deutlicheren Einblick in die Stimmung der österreichischen Arbeiterschaft als der Auszug an der Spitze der bereits versandten No. 11.

Die Denkschrift lautet:

"Der Arbeiterschaft hat sich eine tiefgehende Erregung bemächtigt. Dieser Zustand erklärt sich nicht nur aus den Vorfällen und Vorgängen der letzten Wochen und Monate, sondern hat seine letzte Ursache seit dem Februar 1934.

Die Arbeiter und Angestellten fühlen immer deutlicher, dass zwischen den von führenden Regierungsmitgliedern gegebenen Zusagen und den wirklichen Ereignissen auf wirtschaftlichem und sozialen Gebiet ein sehr sichtbarer und weitgehender Gegensatz aufscheint. "Österreich soll kein Unternehmerstaat" sein, wurde erst kürzlich wieder vom Bundeskanzler Dr. Schuschnigg erklärt. Und dennoch geschieht in den Betrieben, in ganzen Branchen, ja wir behaupten im ganzen Wirtschaftsleben, vieles, das darauf hindeutet, dass der "Klassenkampf von oben" mit zunehmender Schärfe geführt wird und die Staatsführung dagegen machtlos ist oder nichts unternehmen will.

Das Solidaritätsgefühl innerhalb der Arbeiterschaft, das umso ausgeprägter ist, je fortgeschrittener und vor allem gewerkschaftlich geschlossener und geschulter eine Arbeiterschaft ist, hat in erster Linie bei den Arbeitern der Metall- und Elektroindustrie, aber auch bei Arbeitern anderer Industriezweige eine Bewegung ausgelöst, die versuchen will, gegen diese für die Gesamtarbeiterschaft besorgniserregende Entwicklung, die weit über den Rahmen enger Berufs- und branchenmässiger Interessen hinausgeht, bei der Bundesregierung die ernstesten Vorstellungen zu erheben.

Einige Tatsachen sollen als Beispiele für die Ursachen der Erregung der Arbeiterschaft angeführt werden:

Löhnung, Gehälter wurden und werden noch immer trotz steigender Lebenshaltungskosten gekürzt. Selbst dort, wo solche Kürzungen nicht vorgenommen werden, sinkt das Realeinkommen der Arbeitnehmer infolge der seit Monaten eingetretenen Preissteigerungen. Die wiederholt versprochene Preissenkungsaktion bleibt weit hinter den Erwartungen zurück. Dort wo Kollektivverträge abgelaufen sind, stösst deren Erneuerung auf den hartnäckigsten Widerstand der Unternehmer. Ununterbrochen werden bestehende Verträge, mit der Absicht, sie zu verschlechtern, gekündigt. In jenen Branchen und Berufsgruppen, in denen Kollektivverträge nicht bestehen, wo deren Abschluss insbesondere in der Zeit vor dem Feber 1934 vielfach grundsätzlich abgelehnt und das Nichtzustandekommen nachträglich mit dem Hinweis auf die Klassenkampfstellung der Arbeitnehmer begründet wurde, sind innerhalb der letzten zwei Jahre, -- trotzdem keine Klassenkampf-gewerkschaft der Arbeitnehmer mehr besteht -- dennoch keine Kollektivverträge abgeschlossen worden. Dadurch wird der Lohndruck ungeheuer gesteigert, da in allen diesen vielen Betrieben und Branchen Mindestlöhne und Mindestgehälter nicht bestehen und der Unternehmer also zahlen kann, was ihm passt. Die sich wiederholenden und steigernden Aussteuerungen von Arbeitslosen haben neben ihrer antisozialen Wirkung, auch noch eine ständige Verschärfung des Lohndruckes zur Folge.

Aber auch dort, wo selbst Kollektivverträge in Geltung sind, werden sie vielfach nicht eingehalten und auch die Gewerkschaft ist nicht imstande, ihre Einhaltung zu erzwingen. Wo dagegen eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse eine Lohnerhöhung, bzw. die Wiederherstellung der alten Löhne, die während des schlechten Geschäftsganges, radikal gekürzt wurden, rechtfertigen würde, stösst eine solche selbstverständliche Forderung auf den stärksten Widerstand des Unternehmervverbandes. Der noch immer nicht erledigte Lohnkonflikt in der Wiener Autoindustrie ist ein besonders anschauliches Beispiel hierfür.

"Entproletarisierung" des Proletariats soll Sinn und Ziel der ständischen Wirtschaft sein. Praktisch werden immer neue Berufsschichten und Stände verproletarisiert.

Immer wieder muss die Arbeiterschaft merken, dass sie ihrerseits wohl Opfer bringen soll, während auf der Unternehmerseite keine Geneigtheit besteht, ebenfalls einen entsprechenden Anteil an Opfern zu übernehmen. Die gleiche Entwicklung sehen wir in der Sozialversicherung, wo alle Opfer für die notwendige Sanierung einseitig den Arbeitern und Angestellten auferlegt wurden. Auch im Falle "Phönix" sind wieder die breiten Massen von Versicherten und vor allem die Angestellten des Versicherungsgewerbes die Opfer. Die Vorgänge bei den Versicherungsanstalten, die einseitige Auflösung der Dienstverträge, das Eingreifen der Polizei in die Abwehraktion der Versicherungsangestellten, das Verbot, sich selbst der durch die Verfassung zugelassenen gewerkschaftlichen Einrichtungen und Mittel zu bedienen, muss in allen Arbeitern und Angestellten das Gefühl hervorrufen, als ob die staatlichen Machtmittel einseitig im Dienste der Unternehmer eingesetzt werden würde. Derartige und ähnliche Vorgänge, wie z. B. die gerade jetzt diskutierte Frage des Schlichtungswesens, das unter Ausschaltung des Streikrechtes der Arbeiter gleichzeitig die Möglichkeit der Aussperrung durch den Unternehmer aufrecht erhalten will und damit den ohnehin gegebenen Zustand des wirtschaftlichen Übergewichtes der Unternehmer ungeheuer verstärken muss, tragen dazu bei, das bestehende Misstrauen innerhalb der Arbeiterschaft in hohem Masse zu verschärfen.

Dabei wird noch verschiedentlich versucht, solche für die Arbeiterschaft nachteilige Lösungen als im Interesse der Arbeiterschaft liegend hinzustellen. Die Art mit der z. B. die Frage der Bezahlung der Feiertage, vor allem des 1. Mai behandelt wurde, musste von den Arbeitern geradezu als eine Herausforderung empfunden werden. Die widersprechenden Veröffentlichungen, sowie die schliesslich im Einvernehmen mit dem Gewerkschaftsbund zustandgekommene Regelung, wie sie in einer amtlichen Verlautbarung mitgeteilt wurde, die eine restlose Durchsetzung des Unternehmerstandpunktes in dieser Angelegenheit erkennen liess, wobei noch dazu versucht wurde, im Gegensatz zur Wirklichkeit dies als einen Erfolg für die Arbeiterschaft hinzustellen, haben bewirkt, dass es in einer Reihe von Betrieben nach Erhalt dieser Nachricht zu spontanen Arbeitsniederlegungen kam. Auch die am 30. April stattgefundenen Vorsprache der Betriebsvertrauensmänner beim Präsidenten Staud hat darin ihren Grund.

Eine Regelung der Feiertagsfrage in der Form, dass man den Arbeitern erlauben will, für den Lohnausfall am Feiertag während der anschliessenden Werkstage Überstunden ohne Überstundenentgelt zu leisten, wird von der Arbeiterschaft grundsätzlich abgelehnt.

Die österreichische Arbeiterschaft, gewerkschaftlich und politisch durchgeschult, erkennt aber auch sehr klar und deutlich die tieferen Ursachen dieser vorstehenden, beispielsweise aufgezählten Tatsachen des sozialen Rückschrittes und der wirtschaftlichen Verschlechterung.

Mit voller Offenheit bekennen wir uns heute dazu, dass eine wirkliche Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Arbeitnehmer, die, weil sie im Interesse des volkreichsten Standes liegt, zugleich ein eminentes Staatsinteresse darstellt, nur herbeigeführt werden kann, den Arbeitern und Angestellten das volle Selbstbestimmungsrecht in freien und unabhängigen Organisationen gegeben wird.

Dieses Verlangen gründet sich auf die Erkenntnis, dass die Arbeitnehmer zu allen Zeiten nur dann in der Lage waren, ihre Interessen zu wahren, wenn sie nicht nur Objekte einer Gesetzgebung gewesen sind, sondern, wenn sie frei und von eigenem Verantwortlichkeitsgefühl getragen, ihre Organisationen aufbauen und führen durften.

Die Arbeiter und Angestellten bekennen sich zu einem freien und unabhängigen Österreich.

Aber gerade dieses von der Arbeiterschaft in aller Aufrichtigkeit und vor allem mit aller Ehrlichkeit abgelegte Bekenntnis müsste eine einsichtige Staatsführung zu der Erkenntnis bringen, diesem, für die Erhaltung und Verteidigung des Staatswesens so wichtigen Volksteil mindestens die gleichen Rechte zuzubilligen, wie diesen anderen Teilen des Volkes gegeben, ja vielfach niemals genommen wurden.

Selbstverwaltung und Selbstbestimmung in allen den Arbeitern und Angestellten dienenden Einrichtungen, freies Verfügungsrecht in allen den Arbeitnehmern zur Verfügung stehenden Organisationen ist der dauernde Wunsch aller Arbeiter und Angestellten, ist aber auch der Ausdruck der Erkenntnis, dass die Entwicklung seit dem Feber 1934 nicht hätte in jener Richtung gehen können, wie sie einleitend angedeutet wurde, wenn dieses Selbstbestimmungsrecht niemals aufgehoben worden wäre.

Wir verstehen unter Selbstverwaltung und Selbstbestimmung allerdings nicht jenen Zustand, der heute fälschlich als "Selbstverwaltung" hingestellt wird. Es genügt nicht wenn die Regierung z. B. die bisherigen Regierungskommissäre der verschiedenen Krankenkassen nunmehr zu Obmännern ernannt und der ebenfalls aus ernannten Funktionären bestehende Gewerkschaftsbund dann dazu noch einige "Vorstandsmitglieder" nominiert. Eine solche "Selbstverwaltung" lehnt die Arbeiterschaft entschieden ab.

Mit dem Wunsche nach wirklicher Selbstbestimmung verknüpft und nicht zuletzt eine der Ursachen der steigenden Erregung ist das bisher unerfüllt gebliebene Verlangen nach einer wirtschaftlichen und politischen Generalamnestie.

Österreich, das unter dauernder Bedrohung eines angriffslustigen und seine Selbständigkeit gefährdenden Nachbarstaates steht, müsste zur Verteidigung des Landes alle Kräfte heranziehen. Wenn die Regierung wirklich die Unabhängigkeit Österreichs erhalten will, darf sie nicht einen so grossen Volksteil wie es die Arbeiter und Angestellten sind, unter ein Sonderrecht stellen. Heute fühlen sich Arbeiter und Angestellte als Bürger zweiter Kategorie. Sie dürfen weder ihre Gesinnung frei bekunden, noch ihre freie Meinung sagen, noch sich frei und unbeeinflusst in eigenen Organisationen zusammenschliessen.

Was wir verlangen, ist die Wiederherstellung der Freiheitsrechte, der Freien Wahl, der freien Rede, der freien Schrift, der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung. Man schalte auch jene Unternehmertendenzen aus, die unter der Idee eines berufständischen Österreichs nur die restlose Erfüllung sozialrückschrittlicher Interessen sehen.

Die Arbeiter- und Angestelltenschaft wird eine gemeinsame Front zur Verteidigung der Freiheit und Unabhängigkeit des Landes nur dann unterstützen können -- und diese geschlossene Front ist notwendig, wenn das angestrebte Ziel erreicht werden soll -- wenn sie selbst Rechte und Freiheiten zu verteidigen hat. Solange die Arbeiterschaft sich rechtlos ihrer primitivsten Freiheiten beraubt sieht, wird auch ihre Funktion zur Erhaltung und Verteidigung der Freiheit und Selbständigkeit des Landes nicht praktisch wirksam werden. Von der Sorge um die weitere Entwicklung unseres Landes erfüllt, von dem Wunsche beseelt, den Interessen der grossen Massen der arbeitenden Bevölkerung zu dienen, die Nöte der ärmsten Söhne dieses Landes mildern zu helfen, haben die in jahrzehntelanger gewerkschaftlicher Arbeit geschulten Vertrauensmänner der österreichischen Arbeiterschaft in voller Freimütigkeit und Offenheit ihre Auffassungen geäussert und ihre Forderungen vertreten.

Sie können nur hoffen, dass diese Auffassungen und Wünsche auch an jenen Stellen Beachtung und Berücksichtigung finden, die für die weitere Entwicklung dieses Landes die Verantwortung zu tragen haben."

x x

Es ist begreiflich, dass die Regierung und die gelbe Einheitsgewerkschaft den Text dieser Denkschrift unterdrückten. Die illegalen freien Gewerkschaften aber verbreiten den Wortlaut dieser Denkschrift in den Betrieben. Sie erklären: "Das Schicksal dieser Denkschrift, die in der Versenkung verschwinden würde, wenn sie nicht die Illegalen ans Licht zerrten, zeigt sehr anschaulich das Schicksal "legaler Aktionen". Die Diktatur verschweigt den Arbeitern und der Öffentlichkeit sogar offizielle Denkschriften, die dem Regierungschef überreicht werden. Das zeigt, wie wenig aussichtsreich solche Aktionen sind. Das Entscheidende ist, was in den Betrieben vorgeht. "Die Illegalen fordern deshalb auf, überall Betriebsversammlungen und Betriebsrätekonferenzen zu verlangen, "in denen den Forderungen der Denkschrift zugestimmt und die Verwirklichung dieser Forderungen verlangt wird". Denn "ohne dass im einzelnen völlige Übereinstimmung mit den von den Freien Gewerkschaften immer wieder vertretenen Auffassungen besteht, deckt sich der Standpunkt der Betriebsräte absolut mit dem Standpunkt der Freien Gewerkschaften".